

Demokratische Neugeburt der Leipziger Universität:

Die Gründung der FDJ an der Universität

30. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus



(Teil 1)

Im Sommer 1945 stand die deutsche Jugend, schändlich verraten und verführt, vor einem materiellen und ideellen Nichts. Die Masse der Jugend war in diesen Tagen antäuscht und verblüht und ließ sich vorerst von den Ereignissen treiben. Nur wenige erkannten, daß sie für imperialistische Ziele mißbraucht und irreführt worden waren.

Die KPD wies als erste und einzige Partei mit ihrem Aktionsprogramm vom 11. Juni 1945 auch der deutschen Jugend den Weg. Am 17. Juni bekannte sich der Zentralkomitee der SPD zur Zusammenarbeit mit der KPD auf der Grundlage ihres Aktionsprogramms. Dieser Anfang der Einheit der Arbeiterklasse war gleichzeitig die Voraussetzung für die Zusammenarbeit mit den anderen antifaschistisch-demokratischen Parteien und für die Bildung einer einheitlichen Jugendbewegung. Wenige Wochen später, am 21. Juli 1945, gestattete die damalige SMAD die Schaffung von antifaschistischen Jugendausschüssen. Gleichzeitig verbot sie die Bildung anderer Jugendorganisationen. Damit kam die sowjetische Besatzungsmacht den Interessen und Forderungen der jungen Antifaschisten entgegen.

Auch in Leipzig arbeitete ein solcher Jugendausschuss. Er setzte alle Kräfte für die Demokratisierung des Schul- und Hochschulwesens ein, unterstützte die Werbung von Arbeiterstudenten und forderte von allen Leipziger Studierenden, gewissenhaft und gründlich zu lernen und aktiv am geistigen Leben der Jugend teilzunehmen. Aber es fehlte auch nicht an Versuchen, die Einheit der Jugend zu spalten. Es gab z. B. in Leipzig 1945 in der SPD, LDP und CDU Kräfte, die Parteijugendverbände bilden wollten. Aber alle Angriffe auf die Einheit der Jugend scheiterten an der Geschlossenheit der progressiven Kräfte. Nach sieben Monaten harter, ehrlicher und erfolgreicher Arbeit in den Jugendausschüssen forderten immer mehr Jugendliche die Bildung einer selbständigen, einheitlichen und unabhängigen Jugendorganisation. Für die stark anwachsende Jugendbewegung machte sich eine zeitliche Aufgabenstellung immer notwendiger. Außerdem benötigte sie eine auf dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufgebaute feste Organisation. Die Jugendausschüsse hatten ihre Aufgabe erfüllt.

Mit dem 7. März 1946, dem Geburtstag der FDJ, begann ein neuer Abschnitt in der Geschichte der deutschen Jugendbewegung. Ihr erstes Programm proklamierte die FDJ auf dem I. Parlament vom 8. bis 10. Juni 1946 in Brandenburg. Von großer Bedeutung für alle Jugendlichen war auch die Verkündung der „Grundrechte der jungen Generation“. In ihnen forderte die FDJ für die gesamte Jugend politische Rechte, das Recht auf Arbeit und Erholung, das Recht auf Bildung sowie das Recht auf Freude und Fröhlichkeit. Damit standen Forderungen in einem Programm, für dessen Verwirklichung die deutsche Arbeiterjugend seit der Jahrhundertwende gekämpft und gelitten hatte und die auf dem Gebiet der DDR erstmalig verwirklicht wurden.

Auf ihrem II. Parlament (23. bis 26. Mai 1947) nahm die FDJ auch zu ihrer bisherigen Arbeit an den Universitäten Stellung. Es zeigte sich, daß der Einfluß der FDJ an den Ober- und Hochschulen nicht befriedigend war. Neben einer ungenügenden Aufgabenstellung für diese Schichten der Jugend vor allem darauf zurückzuführen, daß noch nicht genügend junge Menschen aus der weckeligen Bevölkerung hier ihre Lernarbeit aufgenommen hatten. Das traf auch voll und ganz auf die Leipziger Universität zu.

foligten dem Ruf des Zetzer Jugendkongresses und beteiligten sich in den Sommerferien an Aulbauseinsätzen. Die Studenten der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät halfen in mehreren Aktionen bei der Entrümmung der Stadt Leipzig.

Im Sommer 1948 konnte an der Universität auf Initiative der FDJ-Betriebsgruppe eine enge Verbindung zu volkseigenen Betrieben hergestellt werden. Während der Semesterferien halfen 63 Freunde 13 Tage beim Bau einer Werksbahn in Böhlen. Bereits in den ersten drei Tagen bewältigten sie die festgesetzte Norm. Insgesamt waren in 49 Großbetrieben Studenten für Werkstätige eingesetzt, um diesen einige Tage zusätzlichen Urlaub zu ermöglichen. Diese Erfolge konnten nur deshalb erreicht werden, weil auch unter den Studenten ein neues Bewußtsein zur Arbeit und zum Studium Platz ergriffen hatte.

Damit sich die neumatrikulierten Studenten schneller im Universitätsleben zurechtfinden, wurde von den FDJ-Studenten am 20. Oktober eine Studienberatung eingerichtet. Im gleichen Monat verkündete der im Juni gegründete studentische Arbeitskreis der Gesellschaft zum Studium der Kultur der Sowjetunion sein Programm für das Wintersemester.

Erst am 25. März 1948 entstand an der Universität in Leipzig die erste Zentrale Betriebsgruppe der FDJ. Aber schon im Sommersemester 1947 war an der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät die erste FDJ-Gruppe gegründet worden. Zu einem Höhepunkt in noch jungen Verbandsleben der FDJ an der Universität gestaltete sich der 29. April 1948. Vor über 2000 Studenten sprach der damalige Vorsitzende der SED, Genosse Otto Grotewohl, zum Thema: „Die Rolle der akademischen Jugend im Kampf um Deutschland“. Ausgehend von einer Analyse der Vergangenheit und der gegenwärtigen Situation entwickelte Otto Grotewohl die Aufgaben der akademischen Jugend.

Im Mai zählte die FDJ an der Universität Leipzig 350 Mitglieder. Eine neue Etappe in der Geschichte der FDJ eröffnete der Kongreß der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen der VEB am 11. April 1948 in Zeitz. Hier beriet der Verband mit den besten Jungarbeitern über ihren Beitrag zum Aufbau der Wirtschaft und über die Aufgaben der Arbeiterjugend in den volkseigenen Betrieben. Viele Klassen der Vorstudienanstalt der Leipziger Universität sowie größere Gruppen an den einzelnen Fakultäten

Durch die Massenmedien wurde Ende des Jahres 1949 bekannt, daß die Maxhütte Unterwellenborn zur Leistungssteigerung zusätzlich eine 5 km lange Wasserleitung benötigte und hierfür Arbeitskräfte suchte. Unter der Losung „Wasser für Max“ organisierte die FDJ den Einsatz von Jugend- und Studentenbrigaden. Allein von der Leipziger Universität beteiligten sich an diesem Einsatz rund 800 Studenten, die insgesamt 95 000 Arbeitsstunden leisteten.

Die Studenten arbeiteten in Brigaden, die untereinander im Wettbewerb standen. Außerdem wetteiferten die Leipziger Studenten mit den Studenten der Universität Jena um vorbildliche Leistungen. Mit diesem Einsatz zeigten die Leipziger Studenten, daß sie den Aufruf der Partei zur Teilnahme an der erfolgreichen Erfüllung des Zweijahresplanes verstanden hatten.

(Aus: Chronologie „Entwicklung der FDJ an der Karl-Marx-Universität Leipzig von 1943 bis 1. September 1947“ von der FDJ-GO Geschichte, „Karl-Marx-Universität Leipzig, 1499–1959, Beiträge zur Universitätsgeschichte“, 2. Band)



Militarismus und Revanchismus in BRD-Schulen

850 sogenannte Jugendoffiziere der Bonner Bundeswehr verbreiten gegenwärtig in den Schulen der BRD militaristisches Gedankengut. Noch in der Regierungserklärung von 1960 hatte die SPD/FDP-Regierung dagegen – offensichtlich als Replik auf eine vielzitierte Äußerung des früheren CDU-Kanzlers Kiesinger – darauf verwiesen, daß die „Schule der Nation“ die Schule selbst sei¹⁾ (und nicht die Bundeswehr, wie es Kiesinger bekräftigt hatte). Man versuchte damit den Anschein einer Geste „demokratischen“ Zurückweisens der tatsächlich erfolgten verstärkten Nutzung der Bundeswehr als militaristisches Erziehungsinstrument zu erwecken. Spätestens mit einem im November 1970 von der Bundesregierung verfaßten und zunächst geheim gehaltenen Brief an die Länderministerpräsidenten der BRD wurde der markante Doppelsinn dieses Wortspiels deutlich. Nachdem in diesem Brief ein Nachlassen der „Wehrbereitschaft“ unter der Jugend der BRD konstatiert wird, werden die Politiker eindringlich aufgefordert, die Behandlung der – wie es heißt – „Notwendigkeiten und Probleme der Landesverteidigung“²⁾ in den Schulen entscheidend zu intensivieren. Neben der Bundeswehr soll also der Bereich der Schulen verstärkt genutzt werden, um die Jugend im militaristischen Sinne zu beeinflussen: eine geistig militarisierte Schule als „Schule der Nation“... Das scheint den Herrschenden in der BRD notwendig in erster Linie angesichts eines durch die erfolgreiche Friedensoffensive des sozialistischen Weltsystems allmählich erschütterten antikommu-

nistisches Feindbildes. Dieses zu erhalten und den veränderten Bedingungen anzupassen, dient auch die bereits vor einigen Jahren eingeleitete – durch den politischen Druck aus Bonn nur noch verstärkte – Kampagne zu einer umfassenden ideologischen Militarisierung der Schule.

Analysiert man nun die diesbezüglichen, sowohl auf Pädagogen und Erzieher als auch auf die Jugendlichen direkt gerichteten Anstrengungen und Aktivitäten, so tritt ein Mechanismus der militaristischen Manipulation und der entsprechenden Einrichtungen im monopolistischen Staatsapparat und auf der Ebene gesellschaftlicher Organisationen zutage. Im Bereich des Staatsapparates sind dazu der sogenannte Informations- und Pressestab (IP-Stab), die Propagandazentrale des Bundeswehrministeriums, das Referat für „Öffentlichkeitsarbeit in Verteidigungstragen“, im Bundespresseamt, die Dezernate und Abteilungen für „Öffentlichkeitsarbeit“ der Bundeswehr selbst und im Bereich der Länder vorwiegend die Kultusministerien als Mittler zwischen Bundeswehr und Schule zu zählen. Besonders die beiden erstgenannten Einrichtungen üben innerhalb des Mechanismus der militaristischen Manipulation für bestimmte Bereiche eine Koordinierungsfunktion aus. So stützt beispielsweise der IP-Stab das über die gesamte BRD verbreitete Netz der schon erwähnten 850 Jugendoffiziere. Die an Zahl ständig zunehmenden Jugendoffiziere werden als unmittelbare Mittler militaristischer Ideologie vorwiegend in Schulen, vor Lehrlingsgruppen und Gewerk-

schaftsjugendlichen, aber auch vor Pädagogen wirksam. Sie sollen angesichts einer angeblich existierenden „Bedrohung“ durch den „Osten“ die Einsicht manipulieren, daß der Wehrdienst notwendig sei, um diese „Bedrohung“ abzuwenden. Auch die Dezernate und Abteilungen für Propaganda der Bundeswehr verwickelten mit Instituten des Staatsapparates und militaristischen Organisationen eine Reihe von Maßnahmen. Neben Einladungen an Lehrer und Schüler, militärische Einrichtungen zu besuchen und einer Vielzahl von Veranstaltungen für Pädagogen ist man schon dazu übergegangen, als „Berufspraktika“ deklarierter längere Aufenthalte von Schülern in Kasernen zu organisieren. In jüngster Zeit wurden aus Niedersachsen sogar Bestrebungen bekannt, Bundeswehrangehörige direkt als „Ausbildungslehrer“ einzusetzen.

Eine Schaltstelle besonders hinsichtlich einer gesetzlichen Verpflichtung der Lehrkräfte, im Unterricht militaristische Propaganda zu treiben, sind die Kultusministerien der Länder der BRD. Dazu existieren bereits seit 1960 Erlasse bzw. Richtlinien. Seit 1960/70 aber werden diese Bestimmungen in allen Bundesländern neu gefaßt oder präzisiert, um den Druck auf die Lehrer zu erhöhen.

Im Bereich gesellschaftlicher Organisationen sind vor allem die Soldaten- und Traditionsverbände sowie die halbhohe „Gesellschaft für Wehrkunde“ zunehmend aktiv geworden. So versuchen erstere – neben dem Bestreben, auf einflussreiche Politiker und Parlamentarier

hinsichtlich einer Forcierung des Militarierungsprozesses Druck auszuüben – militaristische „Bildungsinhalte“ durch eine Vielzahl von Diskussionen, Gesprächen und Begegnungen mit Pädagogen und Schülern durchzusetzen. Eine herausragende Rolle spielt dabei auch die 1962 gegründete „Gesellschaft für Wehrkunde“. Seit einigen Jahren ist hier die „Pädagogenarbeit“ zum absoluten Schwerpunkt geworden. In ihren 165 Sektionen wurden und werden Lehrkräfte (1973: 13 769) verschiedenster Bildungseinrichtungen in einer kaum noch erfäßbaren Zahl von Tagungen und Veranstaltungen systematisch im militaristischen Sinne beeinflusst.

Ohne diesen Mechanismus etwa vollständig beschrieben zu haben, läßt sich resümieren, daß der Imperialismus der BRD trotz einiger realistischer Positionen in der Politik gegenüber den sozialistischen Staaten im Innern seines Herrschaftsgebietes nichts unversucht läßt, die Bevölkerung im Sinne eines militanten Antikommunismus zu beeinflussen. Die militaristische Manipulation der Jugend ist ein Teil dieses Prozesses. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß gerade das Bestreben, den politischen Unterricht zu einer Tribüne militaristischen Geistes zu machen, zu einem Aufschwung der demokratischen und sozialistischen Aktionen vieler Jugendlicher gegen Militarismus und Kriegsgefahr geführt hat.

Dr. Falko Haas



¹⁾ Regierungserklärung 1960, in: Texte zur Gesellschaftspolitik, Bd. IV, Bonn-Bad Godesberg 1970, S. 24.
²⁾ In: Das kritische Wehrmagazin, Bonn, 1960, 4/1972, S. 4.